



I Bezirk Baden-Württemberg

extra metall *nachrichten*

POLITIK FÖRDERT LEIHARBEIT, BEFRISTUNG UND WERKVERTRÄGE

ARBEIT – SICHER UND FAIR!

Die Zahl der Leiharbeiter wächst über die Millionengrenze. In der Metall- und Elektroindustrie ist bald jede/r Fünfte nur noch prekär beschäftigt. Die Betriebe setzen auf Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge. Vor allem die junge Generation kommt dabei unter die Räder.

Arbeitsplätze: immer öfter unsicher

Für ein Drittel der jungen Menschen scheint ein Vollzeit-arbeitsplatz nicht erreichbar. 70 Prozent der Metall- und Elektrounternehmen nutzen Leiharbeit, um billig und ohne Verpflichtung zu beschäftigen. Gleichzeitig steigt die Zahl von Werkverträgen und befristeten Arbeitsverträgen konstant. Das trifft vor allem die junge Generation. Sie erleben nach bestandener Ausbildung immer häufiger, dass sie ihr ehemals ausbildender Betrieb in ein prekäres Arbeitsverhältnis drängen will.

Von den Arbeitgebern fordern wir:

- **Festeinstellungen statt Leiharbeit**
- **Unbefristete Neueinstellungen statt Befristungen**
- **Einstellungen im Betrieb statt Billigarbeit über Werk- und Dienstleistungsverträge**
- **Übernahme in eine feste Beschäftigung nach der Ausbildung**

Wir brauchen Lösungen – jetzt!

Der Bund gibt jährlich 11 Milliarden Euro für so genannte „Aufstocker“ aus. Beschäftigte, deren Einkommen so gering ist, dass es nicht zum Leben reicht. Ursachen sind prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne. Mit Equal Pay und Mindestlöhnen kann der Gesetzgeber der Entwicklung einen Riegel vorschieben. Aber CDU/CSU und FDP blockieren im Vermittlungsausschuss. Deshalb müssen wir Druck entwickeln. Die Menschen brauchen jetzt Regelungen.



*Jörg Hofmann,
Bezirksleiter*

IG Metall Baden-Württemberg

Jetzt ist die Politik gefordert

Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Gesetzgebung zur Leiharbeit bis März an europäische Normen anzupassen. In fast allen Ländern Europas gilt für Leiharbeiter „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“. Teilweise erhalten Leiharbeiter einen zusätzlichen Flexibilitätszuschlag.

Durch die Hartz-Gesetze wurden Leiharbeit und anderen Formen prekärer Beschäftigung Tür und Tor geöffnet. Über 7 Millionen Menschen wurden in schlecht bezahlte und unsichere Jobs gedrängt.

Das von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales vorgelegte Gesetz zur Leiharbeit wäre ein weiterer Kniefall vor den Interessen der Arbeitgeber.

Nun zwingen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV und die veränderte Bundesratsmehrheit die Politik zu einem Kompromiss in dieser Frage. SPD, Grüne und Die Linke drängen auf verpflichtende Regelungen, Leiharbeiter zumeist gleich zu bezahlen und einen Mindestlohn auch für die entleihefreie Zeit festzuschreiben. Allen ist klar: Es muss ein Kompromiss gefunden werden.

Um den Druck auf eine Einigung zu erhöhen, gibt es am **24. Februar** einen bundesweiten Aktionstag der IG Metall. **Mitmachen für sichere und faire Arbeit.**





Der Aufschwung muss bei den Beschäftigten ankommen.

Ohne die Bereitschaft der Beschäftigten, flexibel zu reagieren, wären die Betriebe nicht so gut durch die Krise gekommen. Das darf keine Einbahnstrasse sein. Jetzt muss der Aufschwung auch in den Betrieben und bei den Menschen ankommen. Das heisst: Faire Entgelte und mehr Beschäftigung. Doch statt den enormen Zuwachs an Aufträgen durch feste Neueinstellungen abzuarbeiten, wird versucht, über die Ausweitung von Arbeitszeit und Schichtarbeit ein Mehr an Leistungsdruck aufzubauen und durch eine massive Ausweitung prekärer Beschäftigung durch Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen möglichst schnell die Renditen von vor der Krise zu erreichen.

Den Missbrauch stoppen:

- statt Leiharbeit
 - statt Befristungen
 - statt Werkverträgen
 - statt Nichtübernahme der Auszubildenden
- Arbeit – sicher und fair!**

Unser Ziel: Arbeit sicher und fair!

Beschäftigte brauchen Sicherheit im Job. Gerade der Jugend wird dies immer mehr verwehrt. Jeder vierte Jugendliche unter 30 hatte noch nie einen festen Job. Wie soll da Lebens- und Familienplanung erfolgen?

Beschäftigte wollen faire Arbeitsbedingungen. Dies wird ihnen zunehmend verwehrt:

- dem Leiharbeiter, der für die gleiche Arbeit nicht mal die Hälfte verdient.
- dem durch Werkvertrag Beschäftigten, der jahraus, jahrein im Betrieb seine Leistung bringt, aber weder Tarifbedingungen noch betriebliche Sozialleistungen kennt.

→ dem nach nur befristeter Übernahme entlassenen Azubi, der in einer endlosen Schleife von Befristungsketten landet.

Ist dies fair? Arbeitgeber versuchen bewusst, den Grundsatz „Ein Betrieb – Ein Tarifvertrag – Ein Betriebsrat“ zu hintertreiben, auch um den Druck auf die Stammebelegschaften zu erhöhen.

Protest ist notwendig

Wir lassen uns nicht in immer kleiner werdende Stammebelegschaften und ein Heer schlecht bezahlter und ungesicherter Randbelegschaften spalten. Dagegen brauchen wir Druck aus den Betrieben. Nur wenn wir mit möglichst vielen Beschäftigten die Politik zum Handeln im Sinne der Menschen auffordern, wird diese reagieren. Deshalb gibt es **am 24. Februar 2011 einen bundesweiten Aktionstag** der IG Metall gegen prekäre Beschäftigung.

Die Aktionen der IG Metall unterstützen

Jetzt handeln, Zeichen setzen und an den Aktionen der IG Metall teilnehmen. Jede Stimme zählt.

Deshalb abstimmen unter

www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

und **www.igmetall.de**

2,3 Millionen Menschen setzen sich in einer starken Gewerkschaft für Ihre Interessen ein.

Dabei sein ist alles!

Betriebsrat und Vertrauensleute der IG Metall oder die zuständige Verwaltungsstelle informieren über die Leistungen und die Vorteile einer Mitgliedschaft.

